



Protokoll

1. Sitzung des Gemeinderates Montag, 9. Mai 2022, 19:00 Uhr bis 20:10 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Gemeinderat, Eröffnung der Sitzung durch das amtsälteste Mitglied
- 2 Mitteilungen
- 3 Protokollabnahme
- 4 Geschäftsleitung (GL), Konstituierung für das Amtsjahr 2022/2023
- 5 Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2022-2026
- 6 Kommission Planung und Bau (KPB), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2022-2026
- 7 Kommission Soziales und Gesundheit (KSG), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2022-2026
- 8 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2022-2026
- 9 Rechnungsprüfungskommission (RPK), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2022-2026
- 10 Weisung 118/2022 des Stadtrates: Verordnung über die Entschädigung der Behörden (BEV), Teuerungsausgleich für die Legislatur 2022-2026
- 11 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Walter Meier (EVP), amtsältestes Mitglied (bis TOP 4a) Jürg Krauer (FDP), Präsident (ab TOP 4b)
Protokoll	Daniel Reuter, Ratsschreiber
Anwesend	34 (ab 19:10 Uhr 35 Ratsmitglieder)
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Beatrice Caviezel, Abteilungsvorsteherin Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Jörg Schweiter, Stadtschreiber-Stellvertreter
Entschuldigt	Patricio Frei (Grüne) bis 19:10 Uhr (TOP 1) Ali Özcan (SP) Pascal Sidler, Stadtschreiber

1 Gemeinderat, Eröffnung der Sitzung durch das amtsälteste Mitglied

Der Vorsitzende, **Walter Meier (EVP)**, eröffnet die Sitzung und hält folgende Ansprache:

Geschätzte Anwesende

Geschätzte neu gewählte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte neu gewählte Stadträtin, geschätzte Gemeinderätinnen, Stadträtinnen, Stadträte und Gemeinderäte, die den Betrieb schon kennen und länger dabei sind

Als amtsältestes Mitglied im Gemeinderat darf ich heute die Sitzung eröffnen. Allerdings sind zumindest zwei Personen im Saal, die noch länger dabei sind als ich. Da ist die Stadtpräsidentin, welche in der Kommission Bildung und (KBK) war, als ich im Sommer 2002 in den Rat nachrückte und da ist Paul Stopper, welcher bereits im Gemeinderat sass, als ich noch nicht volljährig war. (Heiterkeit im Saal)

Ich habe nie angestrebt, einmal das amtsälteste Mitglied im Rat sein zu wollen. Es gibt dafür keine Karriereplanung. Es ist mir – wie so vieles in meinem Leben – zugefallen.

Als ich das erste Mal im Ratssaal war – es war die Sitzung vor meinem Amtsantritt – bekam ich ein Glas Wasser. Es ist ja nicht immer die beste Luft und im Sommer oft auch etwas warm hier drin.

Ich war aber so nervös, dass ich das Glas fallen liess. Zum Glück war es nur Wasser und der Ratsweibel hat die kleine Sauerei aufgeräumt. Er wusste eben, wo Schaufel und Wischer waren.

Die Nervosität hat sich dann aber bald gelegt. Aus dem Rückblick der letzten bald 20 Jahre ein paar wenige Tipps:

- *Fragt nach! Wir haben damals NPM eingeführt, jedes Jahr ein paar Geschäftsfelder mehr. Wichtigster Unterschied für mich: Früher haben wir bei den Budgetdebatten darüber gestritten, ob die Stadt nun Fr. 20'000 oder Fr. 25'000 für Büromaterial oder was immer ausgeben darf. Bei NPM geht es um Inhalte und um Wirkungen. Ihr habt zumindest zweimal im Jahr – bei der Jahresrechnung und beim Budget – die Gelegenheit, mit den Leitenden der Geschäftsfelder Gespräche zu führen und diese mit Fragen zu löchern. Nur so lernt Ihr kennen, wie die Verwaltung tickt, was alles gemacht oder auch nicht gemacht wird. Fragt und geht den Dingen auf den Grund.*
- *Langweilt nicht! Die Redezeiten sind beschränkt; in der Regel auf 5 Minuten. Denkt aber daran, dass euch oft schon nach zwei Minuten keiner mehr zuhört. Man muss nicht immer alles sagen, was man auch noch sagen könnte. Etwas anderes ist es, wenn ihr als Kommissionssprecherinnen und –sprecher ein Geschäft erläutern müsst. Dann dürfen es durchaus auch ein paar Details mehr sein. Wirklich ätzend sind die Durchhalteübungen, d. h. die Debatten zur Jahresrechnung und zum Budget. Vor allem dort sind nichtssagende Sätze wie „Wir haben Fragen gestellt und alle wurden zu unserer Zufriedenheit beantwortet“ völlig überflüssig.*
- *Es kommt immer wieder mal vor, dass man einen Ratskollegen, einen Stadtrat oder einen Angestellten der Stadt in ein fernes Land verbannen möchte. Denkt daran, dass es sein könnte, dass Ihr mit dieser Person in der fernen oder nicht so fernen Zukunft wieder einmal zusammenarbeiten solltet. Vielleicht für einen Kompromiss, vielleicht für eine Auskunft. Man kann auch in der Sache klar sein und trotzdem so reden, dass man dem Angesprochenen nachher noch in die Augen schauen kann.*

Heute aber geht es um die Wahl des Präsidiums. Und das soll gefeiert werden. Geniessen wir den heutigen Abend. Die Knochenarbeit kommt noch früh genug.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratsschreiber.

Der Vorsitzende bezeichnet in Anwendung von Art. 2 Abs. 2 OrgErl GR provisorisch als Stimmzählerinnen:

Anita Borer (SVP), Karin Niedermann (SP) und Ursula Räuftlin (Grünliberale).

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Tagesordnung verlangt.

Fraktionserklärungen

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion verliest **Andreas Pauling (Grünliberale)** folgende Fraktionserklärung: *Erneuerbare Energien in Uster! Die Wahlen sind vorbei, Uster bleibt auch in der nächsten Legislatur Mitte-Links dominiert. Dem Umweltschutz im weiteren Sinne wird weiterhin eine grosse Bedeutung zugemessen. Das ist sehr erfreulich.*

Weniger erfreulich war ein Artikel im AvU vom 16. April 2022. Dort wurde untersucht, wie weit die Oberländer Gemeinden in Sachen Solarenergie und erneuerbare Heizsysteme sind. Die Resultate lassen aufhorchen. Nicht etwa linksgrüne Städte wie Zürich oder Uster haben die Nase vorn, sondern ländliche Gemeinden! Dort wird ein grösserer Anteil des Solarpotential genutzt und die Heizsysteme sind oft zu über 40% erneuerbar, während es in Uster nur 16.5% sind, was den zweit-letzten Platz von 35 Gemeinden bedeutet! Sehr enttäuschend für eine Stadt mit dem Label Energiestadt Gold. Auch beim Solarstrom hinkt die Stadt Uster mit 4.2% des Potentials dem schweizerischen Durchschnitt hinterher, der 5.3% beträgt.

Das macht nachdenklich. Die Bevölkerung wählt Mitte-Links, aber irgendwo „chlemmts“ bei der Nutzung der erneuerbaren Energien. Hängt es mit dem höheren Mietanteil in den Städten zusammen? Mieter können ihr Heizsystem nicht wählen. Und für Hauseigentümer ist es nicht attraktiv, energetisch zu sanieren, die Mieter zahlen ja die Nebenkosten. Könnte eine höhere Förderung erneuerbarer Heizsysteme Abhilfe schaffen? Oder eine Forcierung der Wärmeverbünde?

Wir fordern, dass sich der Stadtrat zusammen mit der Energie Uster AG intensiv mit solchen Fragen beschäftigt. Die nächste Legislatur ist für das Aufgleisen von Netto Null wegweisend. Bis 2040 (das sind nur noch 18 Jahre) müssen die kommunalen Gebäude Netto Null sein. So schreibt es die Gemeindeordnung vor.

Mit dem Massnahmenplan Klima hat sich die Stadt auf den richtigen Weg begeben. Die Stadt muss ihren Handlungsspielraum in allen Bereichen nutzen und wo möglich vergrössern. Bestehende Verfahren/Abläufe müssen ohne Tabus hinterfragt werden. Fragen wie oben müssen gestellt und danach mutig gehandelt werden. Wir wünschen dem Stadtrat viel Mut und Durchhaltewillen bei der Herkulesaufgabe Netto Null in Uster.

Persönliche Erklärungen

Ursula Räuftlin (Grünliberale) verliest folgende Erklärung: *Wie velofreundlich ist Ihre Stadt? lautete die schweizweite Umfrage von Pro Velo Schweiz. Heute wurden die Ergebnisse dieser Umfrage publiziert. Die Stadt Uster freut sich über den zweiten Platz in der Kategorie der Mittलगrossen Städte der Schweiz.*

Als täglich in Uster velofahrende Verkehrsteilnehmerin bin ich mit dem Ergebnis nur mässig zufrieden. Zwar hat sich Uster seit der letzten Bewertung vor acht Jahren tatsächlich gesteigert von der Note 3.9 zu auf eine 4.0, in den acht Jahren zuvor hatte sich Uster sogar um 0.2 Punkte von einer 3.7 auf eine 3.9 gesteigert.

Jetzt haben wir also endlich eine 4.0 erreicht. Dies ist gerade mal ein knapp genügend. Mit einem knapp genügend bin ich aber noch lange nicht zufrieden. Meiner Ansicht nach muss Uster sich zum Ziel setzen, das nächste Mal mindestens ein gut also eine 5.0 zu erreichen. Und dazu braucht es noch einen ordentlichen Effort. Besonders eine Verbesserung bei unwirtlichen und garstigen Wetterbedingungen für die Allwettertauglichen Velofahrer wie mich. Ich wünsche mir insbesondere gedeckte Veloabstellplätze, damit die Einkäufe im Trockenen im Anhänger versorgt werden können und im Winter gut geräumte Velowege.

Ich verspreche, die nächsten vier Jahre am Thema dranzubleiben. Im direkten Dialog mit dem zuständigen Stadtrat, mit der Verwaltung, in der Arbeit in der zuständigen Kommission KPB oder notfalls mit politischen Vorstössen.

Denn genügend ist bei Weitem noch nicht gut genug.

2 Mitteilungen

2.1 Rechtskraftbescheinigung

Die Erneuerungswahl von 36 Mitgliedern des Gemeinderates für die Amtsdauer 2022-2026 hat am 27. März 2022 stattgefunden. Gegen diese Wahl ist beim Bezirksrat Uster bis 20. April 2022 kein Rechtsmittel eingelegt worden.

2.2 Interessenbindungen

Alle Ratsmitglieder erhalten demnächst vom Parlamentsdienst ein Formular, damit sie ihre Interessenbindungen offenlegen können (Art. 27 Abs. 1 Organisationserlass des Gemeinderates [OrgErl GR]).

Ratsmitglieder, deren persönliche Interessen von einem Beratungsgegenstand unmittelbar betroffen sind, weisen auf diese Interessenbindung hin, wenn sie sich im Gemeinderat oder in einem seiner Organe äussern (Art. 27 Abs. 3 OrgErl GR).

2.3 Ausstandspflicht

Von den Interessenbindungen zu unterscheiden ist die Ausstandspflicht, welche in § 32 Gemeindegesetz (GG) und Art. 28 OrgErl GR geregelt ist: Bei Ratssitzungen melden die Gemeinderatsmitglieder die Ausstandsgründe vor Beginn der Beratung der Präsidentin oder dem Präsidenten. Liegt ein Ausstandsgrund vor, hat das betreffende Mitglied seinen Platz zu verlassen; es kann die Sitzung im Zuschauerbereich verfolgen.

Ratsmitglieder treten in den Ausstand, wenn sie in der Sache persönlich befangen erscheinen (§ 32 Abs. 1 GG).

Ratsmitglieder, die bei der Stadt oder Sekundarstufe angestellt sind, treten bei der Behandlung von Geschäften aus ihrem Tätigkeitsbereich in den Ausstand (§ 31 Abs. 2 GG). Für „rechtsetzende Geschäfte“ – und damit z. B. auch für personalrechtliche Erlasse und Besoldungsordnungen und für die Festsetzung der Nutzungsplanung (Bau- und Zonenordnung mit Zonenplan und Baureglement) – besteht keine Ausstandspflicht gemäss § 32 Abs. 2 GG, selbst wenn ein Ratsmitglied von einem solchen Geschäft stärker betroffen sein kann als ein anderes. Ebenfalls keine Ausstandspflicht besteht für ein solches Ratsmitglied für die Festsetzung des Budgets sowie in der Regel für Ausgabenbewilligungen.

2.4 Ausschluss von Ratsmitgliedern

Der Gemeinderat mit Ausschluss derjenigen Mitglieder, die nicht auf dem Gebiet der Sekundarschulgemeinde Uster wohnen, ist auch ein Organ der Sekundarschulgemeinde (Art. 4 GO Sekundarschulgemeinde Uster). Damit sind Ratsmitglieder, die im zu Uster gehörenden Teil der Oberstufenschulgemeinde Greifensee-Nänikon wohnen, von den Beratungen und Abstimmungen über Geschäfte der Sekundarschulgemeinde Uster ausgeschlossen.

3 Protokollabnahme

Das Protokoll der 51. Sitzung des Gemeinderates vom 4. April 2022 ist am 2. Mai 2022 öffentlich zugänglich gemacht worden. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 57 OrgErI GR als genehmigt.

4 Geschäftsleitung, Konstituierung für das Amtsjahr 2022/2023

Die Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums erfolgt geheim (Art. 73 Abs. 4 OrgErl GR in Verbindung mit §§ 26 und 31 Gemeindegesetz). Das gilt auch für die Wahl der Kommissionsmitglieder, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 73 Abs. 3 OrgErl GR).

Im ersten Wahlgang und im zweiten Wahlgang gilt das absolute Mehr, im dritten Wahlgang das relative Mehr (§ 31 Gemeindegesetz).

Während eines Wahlgangs darf sich die Zahl der stimmberechtigten Ratsmitglieder nicht verändern. Die Ratsmitglieder sind an die Wahlvorschläge nicht gebunden. Wählbar ist jedes Ratsmitglied mit Ausnahme der abtretenden Präsidentin, die für das folgende Jahr weder für das Präsidium noch für das Vizepräsidium wählbar ist (Art. 5 Abs. 2 OrgErl GR).

Die Geschäftsleitung amtiert als Wahlbüro, für die Wahl des Präsidiums gilt das sinngemäss für die in Anwendung von Art. 2 Abs. 2 OrgErl GR bezeichneten Stimmzählerinnen. Die Wahlprotokolle sind jeweils vollständig auszufüllen.

a) Geschäftsleitung, Wahl des Präsidiums

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Jürg Krauer (FDP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	35
eingegangene Wahlzettel	35
-leere Wahlzettel	1
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	34
absolutes Mehr	18
Gewählt ist Jürg Krauer mit Stimmen:	34
massgebende Wahlzettel	34

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Jürg Krauer (FDP) wird als Präsident für das Amtsjahr 2022/2023 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

Präsident Jürg Krauer (FDP) übernimmt den Vorsitz und hält folgende Ansprache:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte

Sehr geehrter Herr Stadtschreiber

Liebe Familie und Freunde

Sehr geehrte Damen und Herren von der Presse und auf der Tribüne.

Vielen herzlichen Dank für Euer Vertrauen und meine Wahl zum Ratspräsidenten. Ich fühle mich geehrt und freue mich auf diese neue Aufgabe. Ich nehme die Wahl sehr gerne an!

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich auch bei meiner Fraktion und meiner Partei für die Unterstützung in den letzten Jahren und mit Sicherheit auch im kommenden Präsidentschaftsjahr. Ein weiterer Dank gilt natürlich auch meiner Familie, insbesondere meiner Frau und meinen beiden Töchtern, die ihren Mann und Papi immer mal wieder mit der Politik teilen müssen. Es freut mich auch, dass so viele Parteimitglieder und persönliche Freunde heute Abend anwesend sind.

Vor zwei Jahren musste der traditionelle Wahlapéro wegen Covid leider abgesagt werden. Im letzten Jahr durften wir dann immerhin unser Apéro-Plättchen mit Bier oder Wein am eigenen Platz geniessen. In diesem Jahr darf die Party wieder uneingeschränkt steigen und ich freue mich, dass ich Sie im Anschluss an diese Sitzung zum Wahlapéro in die Bar des Hotels Illuster einladen darf.

Wir alle sind privilegiert! Dass wir als demokratisch gewählte Volksvertreter heute hier sitzen dürfen ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Privileg. Gerade in den letzten Wochen hat sich gezeigt, wie wichtig eine gut funktionierende Demokratie mit Mitspracherecht der Bevölkerung ist. Demokratische Prinzipien sorgen in einem Land für Freiheit, Stabilität und damit Sicherheit. Garanten für eine erfolgreiche Wirtschaft und auch Wohlstand. Davon profitieren wir alle.

Dieses Privileg verpflichtet. Denn "Wahlen allein machen noch keine Demokratie", wie Barack Obama einst treffend gesagt hat.

Mit der Wahl in den Gemeinderat hat die Stimmbevölkerung von Uster jeder und jedem einzelnen von uns den klaren Auftrag und die Verantwortung gegeben, die Stadt Uster im Rahmen unserer politischen Tätigkeit weiterzuentwickeln und zu einer Stadt zu machen, welche wir uns alle wünschen: Lebenswert, belebt, sicher, fortschrittlich und auch attraktiv als Arbeitsstandort. Als offizielle Vertreter der Bevölkerung sind Sie alle auch Botschafter unserer Stadt!

Es liegt in den nächsten Jahren in unseren Händen, dass wir keinen ideologischen Utopien nachhaken, sondern gemeinsam Lösungen finden. Extremforderungen sind fehl am Platz! Nur mit Kompromissen bringen wir Uster weiter und hemmen die Entwicklung unserer Stadt nicht unnötig. Dies bedingt intensive politische Arbeit und den Einsatz von jedem und jeder Einzelnen von Ihnen.

Dieses Privileg darf aber auch nicht missbraucht werden! Mehr als 200 Vorstösse und Anfragen wurden in der letzten Legislatur behandelt. Mit diesen Vorstössen beschäftigen und beüben wir uns nicht nur selbst, sondern jede Anfrage und jeder Verstoss muss vom Stadtrat und insbesondere der Stadtverwaltung bearbeitet und beantwortet werden. Allzu oft liessen sich gerade Anfragen mit einem kurzen Anruf bei der Stadtverwaltung oder der Sekundarstufe unbürokratisch beantworten oder geplante Vorstösse werden teilweise obsolet, wenn man sich im Vorfeld genauer informieren würde. Dies würde nicht nur für eine effizientere Verwaltung sorgen, sondern auch dafür, dass wir alle uns für die relevanten Themen einsetzen können.

Für Ihr Engagement zu Gunsten der Ustermer Bevölkerung möchte ich mich bei Ihnen herzlich bedanken. Ein Engagement, welches heute nicht mehr selbstverständlich ist. Zudem scheint die Wertschätzung der Ustermer Stimmbevölkerung für diesen Einsatz nicht mehr gross zu sein. Anders kann die tiefe Stimmbeteiligung von lediglich 32.75 Prozent bei der vergangenen Parlamentswahl am 27. März 2022 nicht erklärt werden. Zur Erinnerung: Im Jahr 2010 betrug die Stimmbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen noch 40.9 Prozent!

Geht es uns als Schweizer oder Schweizerin zu gut? So gut, dass uns der lokale Politikbetrieb egal sein kann? Oder bewegen wir uns in der Ustermer Politik in einer „Bubble“ und politisieren am Volk vorbei? Wenn wir ehrlich sind, sind es doch die immer gleichen Wirtschafts-, Vereins- oder Kulturvertreter und -vertreterinnen, welche sich neben uns Politikern für Uster engagieren. Dies muss uns zu denken geben, gleichzeitig aber auch Ansporn sein.

Die letzten zwei Jahre Corona-Pandemie mit einem beinahe Stillstand des gesellschaftlichen Lebens haben dieses Desinteresse an der Politik mit Sicherheit noch verstärkt. Es muss daher unser erklärtes Ziel sein, die Politik wieder näher an die Ustermer Bevölkerung zu bringen. Das politische System muss wieder bekannter und transparenter werden, und zudem auf das Interesse der Bevölkerung stossen.

Dabei stehen wir in der Pflicht und ich wiederhole mich: Wir alle sind Botschafter unserer Stadt! Nehmen Sie diese Rolle wahr und verstecken Sie sich nicht, sondern mischen Sie sich unter die Bevölkerung. Kommen Sie aus der Komfortzone und seien Sie mutig, zeigen Sie Gesicht und machen Sie Werbung für unser wertvolles politisches System.

Der Pin mit dem Uster-Wappen, welchen ich Ihnen heute Abend in diesem ominösen Couvert schenke und mit auf Ihren politischen Weg gebe, wird Sie künftig als Botschafter oder Botschafterin unserer wunderbaren Stadt ausweisen und so den regen Austausch mit der Bevölkerung fördern. Der Pin soll Ihr Gegenüber neugierig machen. Neugierig für die aktuell diskutierten Themen in Uster und auch neugierig, für welche Interessen Sie sich in der Ustermer Politik persönlich und leidenschaftlich einsetzen.

*In diesem Sinne und als Motto für mein Präsidialjahr: Zeigen Sie Flagge!
Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Sie dürfen das Couvert nun öffnen.*

(Applaus)

b) Geschäftsleitung, Wahl des 1. Vizepräsidiums

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Patricio Frei (Grüne).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	35
eingegangene Wahlzettel	35
-leere Wahlzettel	2
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	33
absolutes Mehr	17
Gewählt ist Patricio Frei mit Stimmen:	31
Ferner erhielten Stimmen:	
Andrea Grob	1
Natalie Lengacher	1
massgebende Wahlzettel	33

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Patricio Frei (Grüne) wird als 1. Vizepräsident für das Amtsjahr 2022/2023 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

c) Geschäftsleitung, Wahl des 2. Vizepräsidiums

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Hans Denzler (SVP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	35
eingegangene Wahlzettel	35
-leere Wahlzettel	2
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	33
absolutes Mehr	17
Gewählt ist Hans Denzler mit Stimmen	33
massgebende Wahlzettel	33

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Hans Denzler (SVP) wird als 2. Vizepräsident für das Amtsjahr 2022/2023 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

d) Geschäftsleitung, Wahl der Stimmenzählenden

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Anita Borer (SVP), Karin Niedermann (SP) und Ursula Räuftlin (Grünliberale).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Anita Borer (SVP), Karin Niedermann (SP) und Ursula Räuftlin (Grünliberale) werden als Stimmenzählerinnen für das Amtsjahr 2022/2023 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

5 Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2022-2026

Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK), von deren Präsidenten, **Markus Ehrensperger (SVP)**, vorgetragen, wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

1. Es werden für die Amtsdauer 2022-2026 gewählt:

Präsident Markus Wanner (SP, bisher)

Marco Ghelfi (Grüne, bisher)

Andrea Grob (FDP)

Walter Meier (EVP, bisher)

Andreas Pauling (Grünliberale, bisher)

Barbara Schäufole-Keel (SVP, bisher)

Daniel Schnyder (SVP)

Marc Thalmann (FDP, bisher)

Angelika Zarotti (SP, bisher)

2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.

6 Kommission Planung und Bau (KPB), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2022-2026

Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK), von deren Präsidenten, **Markus Ehrensperger (SVP)**, vorgetragen, wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

1. Es werden für die Amtsdauer 2022-2026 gewählt:

Präsident Markus Ehrensperger (SVP, bisher Mitglied)

Hans Denzler (SVP)

Jürg Krauer (FDP, bisher)

Karin Niedermann (SP, bisher)

Ursula Räuftlin (Grünliberale, bisher)

Ulrich Schmid (Die Mitte, bisher)

Benjamin Streit (SVP)

Balthasar Thalmann (SP, bisher)

Debora Zahn (Grüne)

2. Mitteilung an den Stadtrat.

7 Kommission Soziales und Gesundheit (KSG), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2022-2026

Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK), von deren Präsidenten, **Markus Ehrensperger (SVP)**, vorgetragen, wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

1. Es werden für die Amtsdauer 2022-2026 gewählt:

Präsidentin Claudia Frei (Grünliberale)

Anita Borer (SVP)

Gianluca Di Modica (FDP)

Silvio Foiera (EDU, bisher)

Tanja Göldi (SP)

Josua Graf (Grünliberale)

Natalie Lengacher (Grüne)

Ali Özcan (SP, bisher)

Paul Stopper (BPU, bisher)

2. Mitteilung an den Stadtrat.

8 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2022-2026

Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK), von deren Präsidenten, **Markus Ehrensperger (SVP)**, vorgetragen, wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

1. Es werden für die Amtsdauer 2022-2026 gewählt:

Präsident Matthias Bickel (FDP, bisher)

Patricio Frei (Grüne)

Silvan Dürst (SVP, bisher)

Isabel Eigenmann (Die Mitte)

Christoph Keller (SVP, bisher)

Ivo Koller (Grünliberale, bisher)

Urs Lüscher (EVP, bisher)

Nina Nussbaumer (SP)

Marius Weder (SP, bisher)

2. Mitteilung an den Stadtrat.

9 Rechnungsprüfungskommission (RPK), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2022-2026

Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK), von deren Präsidenten, **Markus Ehrensperger (SVP)**, vorgetragen, wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

1. Es werden für die Amtsdauer 2022-2026 gewählt:

Präsident Walter Meier (EVP, bisher)

Gianluca Di Modica (FDP)

Josua Graf (Grünliberale)

Christoph Keller (SVP, bisher)

Daniel Schnyder (SVP)

Balthasar Thalmann (SP)

Marc Thalmann (FDP, bisher)

Marius Weder (SP, bisher)

Debora Zahn (Grüne)

2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.

10 Weisung 118/2022 des Stadtrates: Verordnung über die Entschädigung der Behörden (BEV), Teuerungsausgleich für die Legislatur 2022-2026

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) und die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Marius Weder (SP)**: *Das Geschäft wurde in der KÖS am 11. April 2022 diskutiert. Seitens der Exekutive waren Stadtpräsidentin Barbara Thalmann und Stadtschreiber Pascal Sidler anwesend. Das Geschäft führte in der KÖS kaum zu kontroversen Diskussionen.*

Art. 16 der Verordnung über die Entschädigung der Behörden (BEV) bestimmt, dass sämtliche darin genannten Beträge jeweils auf Beginn einer Legislaturperiode der Teuerung anzupassen sind, wobei sich der Teuerungsausgleich nach demjenigen des städtischen Personals richtet. Jenem wurden in den letzten Jahren folgende Teuerungsausgleiche gesprochen: 2019 1.0%, 2020 0.1%, 2021 0.0% und 2022 0.9%, was gesamthaft 2.0% ergibt. Entsprechend sind im Falle der Zustimmung durch den Rat nun die Entschädigungen in der Verordnung anzupassen.

Einmalig auf die laufende Rechnung des Globalkredits 2022 macht die Anpassung 13'094 Franken aus, die darin noch nicht enthalten sind. Auf entsprechende Frage in der Kommission wurde ausgeführt, dass der genaue Betrag zur Zeit der Festlegung des Budgets des Stadtrats wie auch des Novemberbriefs noch nicht festgestanden sei, da der Teuerungsausgleich für das kantonale Personal, nach dem sich auch der städtische Teuerungsausgleich richtet, jeweils erst Ende November/anfangs Dezember bekannt gegeben wird. Die jährlich wiederkehrenden Folgekosten in den kommenden Jahren werden jeweils gut 26'000 Franken betragen.

Die Kommissionsmehrheit folgte der Argumentation des Stadtrats. Seitens der Minderheit wurde ausgeführt, man stimme aus Gründen des konsequenten Stimmverhaltens dagegen, da man bereits anlässlich der Budgetdebatte gegen den Teuerungsausgleich des Personal gestimmt habe.

Die KÖS stimmte dem Antrag des Stadtrats bei Abwesenheit von einem Kommissionsmitglied mit 5 zu 3 Stimmen zu.

Das Geschäft wurde in der RPK am 2. Mai 2022 diskutiert. Seitens der Exekutive waren wiederum Stadtpräsidentin Barbara Thalmann und Stadtschreiber Pascal Sidler anwesend. Das Geschäft führte auch in der RPK kaum zu kontroversen Diskussionen.

In der RPK wurde angemerkt, dass angesichts der Finanzkompetenz des Stadtrats bei einem Betrag von jährlich wiederkehrend rund 26'000 Franken gar keine Weisung an den Gemeinderat notwendig gewesen wäre, sondern der Stadtrat dies selbst hätte beschliessen können. Eine Weisung an den Gemeinderat sei aber wohl deswegen notwendig gewesen, weil mit vorliegender Weisung auch eine redaktionelle Änderung von Art. 18 BEV beantragt werde. Aus Sicht des Sprechenden ist hierzu anzumerken, dass auch die Beträge selbst Bestandteil der Verordnung sind, so dass jede Änderung der Beträge unweigerlich zu einer Änderung der Verordnung führt und damit wohl auch in Zukunft die Notwendigkeit einer Weisung an den Gemeinderat nach sich ziehen wird.

Die RPK stimmte dem Antrag des Stadtrats bei Abwesenheit von zwei Kommissionsmitgliedern mit 4 zu 3 Stimmen zu.

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Marc Thalmann (FDP)**: *In der RPK hielt Walter Meier fest, dass diese Weisung eigentlich gar nicht im Rat besprochen werden müsste. Aus meiner Sicht hat er recht. Man könnte die Weisung folglich einfach durchwinken, aber wenn der Antrag schon vorliegt, sollten wir unser Meinungen dazu äussern. Dazu kommt, dass meine Leute von der FDP vielleicht den Parcours im Anschluss an die Ratssitzung noch nicht eingerichtet haben könnten. (Heiterkeit im Saal)*

In unserem politischen Milizsystem sollten Entschädigungen keinen Lohncharakter aufweisen, aber die Aufwände aus dem Amt fair entschädigen. Daher erhalten wir für unsere Arbeit auch eine Pauschale. Dafür müssen wir nicht durch eine Stundenerfassung nachweisen, in welchem Rahmen wir das Amt ausfüllen. Wir sind uns alle einig, dass wir uns nicht auch finanziellen Gründen politisch engagieren und der zeitliche Aufwand in den meisten Fällen nicht 1:1 abgedeckt wird. Aber ebenso müssen wir uns eingestehen, dass Politik auf dieser Stufe auch als bezahltes Hobby angesehen werden kann.

Um den Aspekt der Fairness zu betrachten, kann man – auch wenn ein Vergleich untereinander schwierig ist – Entschädigungen der anderen Parlamentsgemeinden heranziehen. Gemäss einer Zusammenstellung von Illnau-Effretikon aus dem letzten Jahr gehören wir zu den vier bestentschädigten Parlamenten, inkl. Winterthur und Zürich. Von da her gäbe es also keinen Druck, Anpassungen vorzunehmen.

Nun gibt es in dieser Verordnung den automatischen Teuerungsausgleich alle vier Jahre. Was für mich und meine Fraktionskolleginnen und –kollegen sich eigentlich mit einer Pauschalentschädigung nicht wirklich sinnvoll ist. Eine unvollständige Recherche zu den verschiedenen Besoldungsverordnungen zeigt denn auch, dass wir damit eher die Ausnahme als die Regel sind. In den meisten Verordnungen findet sich keine Regelung oder dann eine Kann-Formulierung. Winterthur geht den Weg, dass Teuerungen kumuliert unter 5% nicht ausgeglichen werden. Das macht für mich auch unter dem Aspekt der Fairness eher wieder Sinn. Aber alle vier Jahre jede kleine Erhöhung der Teuerung mitzumachen, widerspricht unserer Ansicht nach dem Grundgedanken einer Pauschale, die ja eben nicht als frankengenaue Abgeltung zu verstehen ist.

Auch wenn wir uns bewusst sind, dass wir mit unserer Ablehnung heute wohl kaum die Mehrheit hinter uns scharen werden, soll Sie als Statement verstanden sein, dass wir die heutigen Behördenentschädigungen als fair und ausreichend – auch in den Exekutivämtern – betrachten.

Paul Stopper (BPU): Jetzt, nach den friedlichen Wahlgeschäften hier im Gemeinderat ist fertig mit «Friede, Freude, Eierkuchen». Jetzt geht's wieder ans Eingemachte. Konkret geht es um mehr Geld für ganz wenig, ganz nach dem Motto: «Für alle statt für wenige». Kennen Sie diesen Wahlspruch der SP?

Bei dieser Vorlage geht es vordergründig zwar «nur» um den Teuerungsausgleich bei den Behördenentschädigungen. Aber wie Marc Thalmann vorhin bereits richtigerweise ausgeführt hat, handelt es sich bei den Behörden-Entschädigungen nicht um Löhne.

Hier geht es vor allem um eine lineare Erhöhung, also oben bekommen wenige Personen ganz viel und ganz viele Personen ganz wenig.

Es stellen sich bei der Vorlage drei Fragen:

- 1) Ist ein Teuerungsausgleich überhaupt gerechtfertigt, ja oder nein
- 2) Wenn ja, ist ein linearer Teuerungsausgleich gerecht?
- 3) Sind die Behördenentschädigungen in Uster nicht generell zu hoch?

Stadtpräsidium: heute 169'200 Franken, neu 172'600 Franken, Zuwachs: 3'400 Franken pro Jahr.
Präsidium Primarschule: heute 154'000 Franken, neu 157'100 Franken. Zuwachs 3'100 Franken pro Jahr.

Diese Zuwächse sind einfach zu hoch. Als Beispiel: ein «normaler» Gemeinderat ohne grosse „Ämtli“ bekommt pro Jahr gerade mal 7'000 Franken pro Jahr. Erhöhung also ganze 140 Franken. Finden Sie das gerecht? Es heisst dann jeweils: Der Gemeinderat macht das ja alles in seiner Freizeit.

Bei den Linken und Grünen heisst es doch immer, dass die Abzocke bei den privaten Unternehmen durch die Oberen unanständig sei. Sie forderten immer und bei jeder sich bietenden Gelegenheit lauthals, dass ein Sockelbeitrag, d.h. für alle nominell einen gleichen Betrag, gerechtfertigter wäre. Hier aber gerade nicht? Weil sie eben davon direkt profitieren. Hier geht es immerhin um Steuergelder und nicht um Gewinne von Unternehmungen. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Ich hätte eigentlich gerne einen Rückweisungsantrag gestellt, mit den Forderungen: kein Teuerungsausgleich oder wenn, dann nur ein Sockelbeitrag, Überprüfung mit einer merklichen Senkung der oberen Entschädigungs-Kategorien.

Aber es bleibt mir nichts anderes übrig, als die Vorlage abzulehnen, mit den gleichen Begründungen.

Wie hat es Bertolt Brecht doch trefflich gesagt: «Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral».

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Christoph Keller (SVP):** Die vergangene Legislatur wird uns mit coronabedingten Einschränkungen in Erinnerung bleiben. Finanzpolitisch wird uns die vergangene Legislatur aber auch mit der Steuererhöhung und dem damit verbundenen Bruch eines SP Wahlkampfversprechen in Erinnerung bleiben.

Die SVP/EDU-Fraktion sieht nicht nur Gewitterwolken am finanzpolitischen Himmel aufsteigen, sondern der Regen setzt bereits ein. So werden wir unvermindert auch in der neuen Legislatur einen vernünftigen Einsatz von finanziellen Mitteln einfordern. In diesem Sinne spannen wir heute den Regenschirm auf und lehnen die vorliegende Weisung ab. Unsere Behördenentschädigung soll durch die eigentliche Pauschale dargestellt sein. Auf die Anpassung der Teuerung kann seitens Behörden verzichtet werden, so wie viele Gewerbler und Gastronomen in den vergangenen Coronajahren ebenfalls auf einiges verzichten mussten.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Marco Ghelfi (Grüne)**: *Da sind wir wieder – wir streiten über die Löhne des Personals und Behördenlöhne. Erstaunt hat mich, dass Paul Stopper nicht noch von Kosten für Unterführungen gesprochen hat. Wir stimmen der Weisung zu.*

Für die SP-Fraktion referiert **Marius Weder (SP)**: *Von einem langjährigen Ratsmitglied würde ich einen konkreten Änderungsantrag zur Verordnung erwarten und nicht nur einen Ablehnungsantrag.*

Marc Thalmann (FDP): *Ich weise Marco Ghelfi darauf hin, dass es hier primär um die Entschädigungen von Behördenmitgliedern geht. Der Gemeinderat kann im Rahmen seiner Budgethoheit immer über Ausgaben beschliessen oder nicht.*

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann nimmt Stellung: *Selbstverständlich kann man über die Höhe der Entschädigungen diskutieren. Ich erinnere daran, dass der Gemeinderat in der Sache beschlossen hat, wie er eben früher einmal beschlossen hat. Was die Teuerung angeht, müsste der Gemeinderat bei Artikel 16 BEV ansetzen. Das nur als Hinweis.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 19:14 Stimmen:

1. Die Verordnung über die Entschädigung der Behörden wird wie folgt geändert:

Art. 4 Sitzungsgeld und Protokollführung

² Das Sitzungsgeld beträgt für

– Einzelsitzungen bis 2 Std.: Fr. **78.00**

– Doppelsitzungen bis 4 Std.: Fr. **156.00**

³ Für die Teilnahme an Konferenzen und für Verrichtungen in besonderem Auftrag werden Behörden- und Kommissionsmitglieder wie folgt entschädigt:

Halbtag: Fr. **207.00**

Ganzer Tag: Fr. **414.00**

Art. 8 Rapportierung/Auszahlung

¹ Jahresbeträge > Fr. **12'400.00** werden anteilmässig monatlich ausbezahlt.

Art. 9 Gemeinderat

¹ Die Mitglieder des Gemeinderates erhalten entschädigt:

Als Mitglied des Gemeinderates:

– - Mitglied Gemeinderat: Fr. **2'584.00**/Jahr

– - Erstes Vizepräsidium Gemeinderat zusätzlich: Fr. **1'033.00**/Jahr

– - Präsidium Gemeinderat zusätzlich: Fr. **7'233.00**/Jahr

Als Mitglied einer Kommission:

– - Mitglied Kommission: Fr. **2'584.00**/Jahr

– - Präsidium Kommission zusätzlich: Fr. **2'584.00**/Jahr

– - Sitzungsgeld

² Referentinnen/Referenten der vorberatenden Kommissionen an Gemeinderatssitzungen können bis zwei Stunden pauschal Fr. **104.00** bzw. bei länger als zweistündiger Vorbereitung auch die Mehrzeit abrechnen.

Art. 11 Stadtrat

¹ Die Mitglieder des Stadtrates erhalten pauschal entschädigt:

– Präsidium Stadtrat: Fr. **172'562.00**/Jahr

– Präsidium Primarschule:
Fr. **157'062.00**/Jahr

– Vizepräsidium Stadtrat: Fr. **88'863.00**/Jahr

– restliche Mitglieder Stadtrat:
Fr. **78'531.00**/Jahr

– Pauschale Spesenentschädigung:
Fr. **3'306.00**/Jahr

Art. 12 Sozialbehörde

¹ Die Mitglieder der Sozialbehörde erhalten entschädigt:

– Mitglieder Sozialbehörde: Fr. **4'650.00**/Jahr

– Vizepräsidium: Fr. **9'300.00**/Jahr

Art. 13 Primarschulpflege

¹ Die Mitglieder der Primarschulpflege und Lehrpersonenvertretungen, erhalten pauschal entschädigt:
Die Mitglieder erhalten entschädigt:

– Mitglied: Fr. **18'600.00**/Jahr

– Vizepräsidium: zusätzlich Fr. **4'650.00**/Jahr

Art. 14 Wahlbüro

Die Mitglieder des Wahlbüros erhalten für Urnendienst sowie Auszähldienst entschädigt:

– pro Stunde: Fr. 35.00

Art. 18 BVG-Abzüge

Personen, die gemäss dem **Vorsorgereglement der BVK zum Kreis der Versicherten gehören**, sind entsprechend zu versichern.

2. Die Anpassungen erfolgen auf den 1. Juli 2022.

3. Mitteilung an den Stadtrat.

11 Kenntnismnahmen

Rechtskraftbescheinigung

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 14. März 2022 sind beim Bezirksrat Uster bis 29. April 2022 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

FDP/Die Mitte-Fraktion, Präsidium

Marc Thalmann (FDP) hat am 2. Mai 2022 von Jürg Krauer (FDP) das Präsidium der FDP/Die Mitte-Fraktion übernommen.

Stadtrat, Konstituierung für die Amtsdauer 2022-2026

Präsidentin	Barbara Thalmann	Präsidiales
Vizepräsident	Dr. Reto Cla Famos	Finanzen
Mitglieder	Dr. Petra Bättig	Soziales
	Patrica Bernet	Bildung und Präsidentin der Primarschulpflege
	Beatrice Caviezel	Sicherheit
	Karin Fehr Thoma	Gesundheit
	Stefan Feldmann	Bau

(Stadtratsbeschluss vom 3. Mai 2022)

Sozialbehörde, Konstituierung für die Amtsdauer 2022-2026

Präsidentin	Dr. Petra Bättig, Stadträtin
Vizepräsidentin	Christine Zbinden
Mitglieder	Beatrice Ulmer
	Denise Vögeli
	Andrea Zaugg-Schädler

(Beschluss der Sozialbehörde vom 3. Mai 2022)

Die Fraktionspräsidien haben am 2. Mai 2022 erhalten:

- Einladung zum XXIII. Ratsherren-Schiessen in Zürich, wozu folgender LINK zu beachten ist: <https://ratsherren-schiessen.ch>

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion lädt **Marc Thalmann (FDP)** zu einem Umtrunk auf die Terrasse im Hotel Illuster im Anschluss an die heutige Ratssitzung ein: *Zuvor muss der neue Ratspräsident sich sportlich auf einem Parcours abmühen. Sie dürfen zuschauen.*

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 30. Mai 2022 statt.

Für das Protokoll
12.5.2022

Der Ratsschreiber
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugt

13.5.2022

Der Präsident
Jürg Krauer